



# Barthle-Brief

Nr. 56

**Berlin aktuell**  
Die Woche im Bundestag

27.04.2012

Thema der Woche:

## **Wirtschaft wächst, Beschäftigung und Einkommen steigen Deutschland weiterhin Wachstumslokomotive in Europa**

In der ersten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages nach der Osterpause steht die Politik noch ganz unter dem Eindruck der erfreulichen Zahlen des von den Wirtschaftsforschungsinstituten vorgelegten Frühjahrsgutachtens. Die darin enthaltenen Prognosen belegen erneut: Deutschland ist mit seiner Politik für Wachstum, Stabilität und Beschäftigung auf einem guten Weg! Die Aussichten für die deutsche Wirtschaft haben sich trotz des schwierigen Umfelds in der Euro-Zone erneut verbessert.

Hintergrund: Die führenden Wirtschaftsinstitute des Landes prognostizieren in ihrem Gutachten für 2012 ein Wirtschaftswachstum von 0,9 Prozent. Damit haben sie die in ihrem Herbstgutachten erstellte Prognose von 0,8 Prozent leicht angehoben. Der positive Trend gewinnt im nächsten Jahr weiter an Fahrt – für 2013 rechnen die Institute sogar mit einem Wachstum von 2,0 Prozent. Außerdem erwarten die Institute, dass die Effektivlöhne im Prognosezeitraum bis 2013 um mehr als 3 Prozent zunehmen. Die Zahl der Erwerbstätigen steigt um knapp 800.000 auf 41,9 Millionen an. Deutschland unterstreicht damit seine Rolle als Anker der Stabilität und als wirtschaftliches Zugpferd in der Euro-Zone.

Besonders erfreulich ist die Entwicklungen am Arbeitsmarkt. Die strukturelle Arbeitslosenquote sinkt weiter: von 7 Prozent im Jahr 2011 auf 6,6 Prozent in diesem Jahr und 6,2 Prozent im Jahr 2013. Die zurückliegenden Arbeitsmarktreformen und die bestehende bessere Flexibilität des Arbeitsmarktes haben ganz wesentlich dazu beigetragen, dass so viele Menschen den Weg zurück in die Beschäftigung gefunden hätten. An dieser Flexibilität müssen wir festhalten und die teilweise geforderten verstärkten staatlichen Eingriffe vermeiden. Die gute Nachricht lautet: Deutschland steht auf festem Boden und wächst – wir müssen auch davon reden!

Während die hohe Beschäftigtenzahl den Binnenkonsum stimuliert, steigen auch die Exporte weiter – um 3,1 Prozent im Jahr 2012 (die Herbstprognose war noch von 2,9 Prozent ausgegangen) und plus 5,1 Prozent im Jahr 2013. Insgesamt hat sich die Prognose für Deutschland gegenüber dem Herbstgutachten um eine Note verbessert.

Allerdings haben die Institute auch auf verbleibende Risiken verwiesen, die wir nicht ignorieren sollten: Vorsicht ist bei der Inflationsentwicklung geboten, die gegenüber dem Herbstgutachten zugenommen hat. Inflationstreiber sind hier insbesondere steigende Energiepreise und höhere Lohnabschlüsse. Speziell die Entwicklung der Energiepreise zeigt, dass beim geplanten Umbau der Energieversorgung die Kosten für die Verbraucher noch stärker in den Blick genommen werden müssen. Zudem stelle die europäische Staatsschuldenkrise nach wie vor ein Risiko für die Weltwirtschaft und damit auch für die deutsche Konjunktur dar. Die außerordentlichen liquiditätspolitischen Maßnahmen der EZB verschafften den Schuldenländern zwar Zeit, seien aber keine Dauerlösung. Entscheidend ist, dass alle die neuen Spielregeln, etwa aus dem Fiskalpakt einhalten. Dies war beim Maastricht-Vertrag nicht der Fall. In Deutschland gelte es nun, den von der Koalition beschrittenen Weg der Konsolidierung und des Wachstums konsequent fortzusetzen.

Mein Fazit aus dem Frühjahrsgutachten: Die positiven Konjunkturaussichten geben uns recht. Wachstumsfördernde Rahmenbedingungen für unsere Unternehmen, wie zum Beispiel Investitionen in Forschung und Entwicklung, ein flexibler Arbeitsmarkt und der Abbau von Bürokratie, müssen weiter forciert, Schuldenmacherei auf Kosten der nachfolgenden Generationen vermieden werden. Unsere Politik ist richtig. Wir werden sie in Deutschland und in Europa zum Wohle der Menschen fortsetzen!

### **Zuzug von Hochqualifizierten erleichtern**

Deutschland braucht engagierte und gut qualifizierte Beschäftigte. Sie stellen Wachstum und Wohlstand in unserem Land sicher. Die Förderung und Nutzung des inländischen Fachkräftepotenzials steht für die christlich-liberale Koalition an erster Stelle. Doch wo das nicht gelingt, wird der Arbeitsmarktzugang für hochqualifizierte Ausländer durch die Einführung der sogenannten „Blue Card“ erleichtert. Inhaber einer „Blue Card“ können bereits nach drei Jahren ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht erhalten. Wer gut Deutsch spricht, erhält es ein Jahr früher. Erfolgreiche Integration wird damit belohnt. Ausländische Hochschulabsolventen, die eine eigenständige Unterhaltssicherung nachweisen, können sich zukünftig sechs Monate in Deutschland auf Stellensuche begeben. Auch für Unternehmensgründer werden die Hürden gesenkt. Neben dem Gesetz zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse ist die „Blue Card“ ein weiterer Baustein zur Sicherung des Fachkräftepotenzials in unserem Lande. Mit dem in dieser Woche angenommenen Gesetz wird die „Hochqualifizierten-Richtlinie“ der Europäischen Union in nationales Recht umgesetzt und gleichzeitig der Standort Deutschland für gut ausgebildete ausländische Zuwanderer attraktiver gestaltet. Nun sind die Unternehmen am Zuge, mit attraktiven Bedingungen und professionellem Werben Hochqualifizierte und ihre Familien für das Arbeiten und Leben in Deutschland zu gewinnen.

### **Lage der Christen in der Türkei verbessern**

Schon in der letzten Wahlperiode hatte der Bundestag mit dem Antrag der drei Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP „Schutz des Klosters Mor Gabriel sicherstellen“ auf die schwierige Lage hingewiesen, in der sich eines der ältesten christlichen Klöster der Welt befindet. Nachdem mehrere Urteile türkischer Gerichte, die die jahrhundertealten Ansprüche des Klosters auf seine Liegenschaften bestätigt hatten, für ungültig erklärt worden waren, sieht es sich nun in einer wirtschaftlich unhaltbaren Situation. Hintergrund ist ein Urteil des türkischen Kassationsgerichtes, wonach rund 336.000 Quadratmeter der bisher vom Kloster genutzten Ländereien als Wald eingestuft wurden und somit laut Verfassung automatisch Staatseigentum seien.

In der Praxis ist trotz anderslautender Zusicherungen der türkischen Regierung keine Entwicklung absehbar, die eine Verbesserung der Situation des Klosters Mor Gabriel erwarten lässt. Da das Kloster eine entscheidende Rolle bei der Pflege der syrisch-

orthodoxen Kirchen- und Alltagssprache spielt und das kulturelle Erbe der syrisch-orthodoxen Bevölkerung sichert, bleibt der Fortbestand der Kultur der syrisch-orthodoxen Christen insgesamt gefährdet. Mit einem Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Bundesregierung aufgefordert, sich auch weiterhin dafür einzusetzen, dass die türkische Regierung die Existenzgrundlage und die Lebensperspektive des Klosters dauerhaft ermöglicht. Der Erhalt des mehr als 1600 Jahre alten Klosters Mor Gabriel ist ein Prüfstein für das Bekenntnis der Türkei zur Religionsfreiheit, die zu gewährleisten sie sich vielfach verpflichtet hat.

### **Bundeswehrrumbau nur gemeinsam mit Soldaten**

Die Neuausrichtung der Bundeswehr schreitet zügig voran. Nach den elementaren Entscheidungen zu Auftrag und Umfang der Streitkräfte, der Organisation des Ministeriums, den Großwaffensystemen sowie der Stationierung der Bundeswehr werden diese nunmehr entschlossen umgesetzt. Besonders in den Blick genommen werden jetzt die personalbezogenen Maßnahmen und Instrumente, mit denen den Betroffenen dabei geholfen wird, die reformbedingten Belastungen zu bewältigen. Mit dem Gesetz zur Begleitung der Reform der Bundeswehr, das in dieser Woche in erster Lesung beraten wurde, wird die nötige schnelle und sozialverträgliche Personalanpassung erreicht werden.

Der Gesetzentwurf ist ein zentraler Meilenstein auf dem Weg zur „Bundeswehr der Zukunft“, der mit der Aussetzung der Wehrpflicht ihren Ausgangspunkt genommen hat. Mit dem Gesetz will die christlich-liberale Koalition auf der einen Seite eine schnelle, einsatzorientierte und sozialverträgliche Personalanpassung schaffen, auf der anderen Seite aber auch zukünftig die Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber sichern. Gleichzeitig wird eine anderweitige Verwendung von ausscheidenden Berufssoldaten sowie Beamten der Bundeswehr im öffentlichen Dienst vorrangig angestrebt. Die nun angestrebten Begleitmaßnahmen zur Personalreduzierung sollen bis zum 31. Dezember 2017 gelten.

### **Zitat:**

„Wir müssen aufpassen, dass die deutschen Erfindungen irgendwann auch im deutschen Wortschatz auftauchen. (...) So schlecht ist die deutsche Sprache nicht.“ (Bundeskanzlerin Angela Merkel am Sonntagabend bei der Eröffnung der Hannover Messe über deren diesjähriges Kernthema «Greentelligence». Der englische Kunstbegriff bezeichnet die Verzahnung von Umwelt- und Produktionstechnologien.)